

Kommunale Steuereinnahmen zwischen Pandemie und Ukraine-Krise

Mehr Risiken als Chancen

Die Steuerschätzung vom Mai 2022 fällt nur vordergründig positiv aus. Die Einnahmeerwartungen für dieses Jahr verkehren sich in ein reales Minus, jedenfalls für die Gemeinden.

> Wolfgang Pohl

Das liegt zum einen daran, dass die Steuerschätzung auf der aktuellen Rechtslage basiert. Weil die Senkung der Mineralölsteuer, Einmalzuschüsse oder das vierte Corona-Hilfspaket noch nicht den Bundestag passiert hatten, konnten sie auch nicht einbezogen werden. Zum Zweiten ist die Inflation im April 2022 auf einen neuen Höchststand von 7,4 Prozent geklettert und wird im Gesamtjahr 2022 nach aktuellen Prognosen wohl bei sechs Prozent oder mehr liegen.

Was war?

Kreise, Städte und Gemeinden haben im ersten Pandemiejahr 6,4 Prozent weniger Steuern als 2019 eingenommen. Das haben Bund und Länder mit dem Konjunkturpaket Mitte 2020 aufgefangen, für einige Kommunen sogar überkompensiert. 2021 stiegen die Einnahmen wieder stark an: um 17,4 Prozent. Verglichen mit dem Vor-Pandemiejahr 2019 ist das ein Plus von fast zehn Prozent, inflationsbereinigt gute sechs Prozent.

Zwar hatten die Kommunen weiterhin besondere Belastungen zu stemmen, doch die meisten schafften noch einen ausgeglichenen Haushaltsabschluss – dank Sparmaßnahmen und Rücklagen. Gleichwohl gibt es noch eine Reihe überschuldeter und durch Sozialausgaben besonders belasteter Gemeinden.

Was wird?

Für 2022 wird ein Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen um nur noch 1,2 Milliarden Euro beziehungsweise ein Prozent erwartet. Hinzu kommen die geplanten Entlastungen für Bürger*innen



Foto: Wilfried Pohnke / Pixabay

und Unternehmen, sie werden den Gemeinden ein Minus von zirka 3,1 Milliarden Euro bescheren. Dazu die Inflation – es ist ein realer Rückgang der kommunalen Steuereinnahmen um mindestens 7,5 Prozent zu befürchten. Und das bei einem Investitionsrückstand von 159,4 Milliarden Euro sowie den drängenden Aufgaben Klimaschutz und Umbau der Energieversorgung. Was die Jahre ab 2023 betrifft, sind angesichts von Krieg, Energie- und Hungerkrise Prognosen praktisch nicht möglich.

Kommunen sind pessimistisch

Die Kommunen waren schon vor der Ukraine-Krise mit ihren Folgen für die Wirtschaft und vor allem die Energieversorgung nicht optimistisch. Bei den Befragungen zum KfW-Kommunalpanel

im Herbst 2021 erwarteten 70 Prozent eine Verschlechterung und nur neun Prozent eine Verbesserung ihrer Finanzlage.

Nicht oft genug kann daran erinnert werden, dass die ehrgeizigen und dabei sehr notwendigen Vorhaben der Bundesregierung in Sachen Klimaschutz, Wohnungsbau und Energiesicherheit nur umgesetzt werden können, wenn die Kommunen ihren Teil dazu beitragen.

> Wolfgang Pohl ist ehrenamtlicher Redakteur der Alternativen Kommunalpolitik.

Die ausführliche Fassung seines Beitrages ist im Kommunalwiki der Heinrich-Böll-Stiftung zu finden: t1p.de/0atzd, ebenso sein Artikel über Corona und die Folgen: t1p.de/k604y